

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuß

59. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. August 1998, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Heiz Maurus (CDU)

Vorsitzender

Ursula Kähler (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Peter Zahn

Tagesordnung:	Seite
1. Eingabe 434-14-b Lehrerausbildung	6
Schreiben des Eingabenausschusses vom 11. Mai 1998 Umdruck 14/1916	
Schreiben des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur vom 6. Juli 1998 Umdruck 14/2164	
2. Bericht der Landesregierung über den Zeitplan und die Finanzierung der Baumaßnahmen im Bereich der Landesfeuerwehrschiele	7
Antrag des Abg. Schlie (CDU) Umdruck 14/2155	
3. Bericht der Landesregierung über die beabsichtigte weitere Nutzung der ehe- maligen Katastrophenschutzschule in Rendsburg	9
Antrag des Abg. Schlie (CDU) Umdruck 14/2155	
4. Bericht der Landesregierung über den Verkauf von NS-Memorabilien über Auktionshäuser o.ä.	10
Antrag der Abg. Kähler (SPD) Umdruck 14/2171	
5. Umsetzung der Verfassungsvorgabe aus Artikel 13 Abs. 6 Grundgesetz zur Gewährleistung gleichwertiger parlamentarischer Kontrollen in den Ländern bei repressiver und präventiver technischer Wohnraumüberwachung	11
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 15. Juli 1998 Umdruck 14/2192	
6. Stellungnahme zu dem Normenkontrollverfahren gegen das Schleswig-Hol-	12

steinische Haushaltsbegleitgesetz 1998 und dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung

Schreiben des Vorsitzenden des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Juli 1998 - 2 BvK 1/98
Umdruck 14/2212

7. Stellungnahme zu dem Organstreitverfahren gegen das Schleswig-Holsteinische Haushaltsbegleitgesetz 1998 und dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung 13

Schreiben des Vorsitzenden des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Juli 1998 - 2 BvK 2/98
Umdruck 14/2215

8. Volksinitiative „Schule in Freiheit“ der Aktion mündige Schule e.V. 14

Schreiben des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 22. Juli 1998
Umdruck 14/2213

9. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung eines Linearbeschleunigers 15

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1422

10. Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zwischen den Ländern Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die wasserschutzpolizeilichen Zuständigkeiten auf dem Küstenmeer 16

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1482

11. a) Keine Gendatei ohne rechtsstaatliche Sicherungen 17

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1427

b) Keine Gendatei ohne rechtsstaatliche Sicherungen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1443

-
- | | |
|---|-----------|
| 12. Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs und zur Änderung der Landesbauordnung | 18 |
| Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1424 | |
| 13. Entwurf eines Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen | 19 |
| Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/759 | |
| Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/805 | |
| 14. Moderne Verwaltung in Schleswig-Holstein | 20 |
| Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/973 | |
| 15. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stiftungsgesetzes | 21 |
| Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1513 | |
| 16. Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert | 22 |
| Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1539 | |
| Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1575 | |
| 17. Verschiedenes | 23 |

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Eingabe 434-14-b
Lehrerausbildung

Schreiben des Eingabenausschusses vom 11. Mai 1998
Umdruck 14/1916

Schreiben des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
vom 6. Juli 1998
Umdruck 14/2164

St Köster gibt einen kurzen Überblick über die der Eingabe zugrunde liegende Problematik. Sie kommt zu dem Schluß, daß das Ministerium diesen Fall nicht als ein Problem von Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf ansieht. Sie legt dar, daß man bei den hier vorliegenden Umständen mit jedem - unabhängig vom Geschlecht - so verfahren würde wie geschildert. Im übrigen hebe das Ministerium stark darauf ab, daß der Petentin in dem von ihr abgeschlossenen Studiengang hinreichende Berufsmöglichkeiten zur Verfügung stünden.

Der Ausschuß nimmt den Bericht zur Kenntnis und stellt den Fraktionen anheim, gegebenenfalls generelle Änderungen im politischen Raum anzustreben.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über den Zeitplan und die Finanzierung der Baumaßnahmen im Bereich der Landesfeuerwehrschule

Antrag des Abg. Schlie (CDU)
Umdruck 14/2155

M Dr. Wienholtz berichtet, es gebe insgesamt zwei größere Baumaßnahmen in Harrislee. Die erste sei der Bau einer Übungshalle. Der Rohbau werde bis zum Jahresende fertiggestellt sein. Mit der Fertigstellung der gesamten Baumaßnahme werde im Jahr 1999 gerechnet. Die Kosten beliefen sich auf rund 12,8 Millionen DM, die aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer zur Verfügung gestellt werden sollten.

Die zweite Baumaßnahme sei der Um- und Ausbau der Landesfeuerwehrschule. Diese Bauabschnitte seien für die Jahre 1999 bis 2002 geplant. Die Kosten einschließlich der Einrichtung beliefen sich auf rund 24 Millionen DM. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, diese Mittel aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer aufzubringen. Dies sei wegen des Rückgangs der Einnahmen nicht möglich. Daraufhin hätten sich Land und die Mehrheit der kommunalen Landesverbände darauf verständigt, diese Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds zur Verfügung zu stellen. Dies werde in die Nachschiebeliste für das Haushaltsjahr 1999 eingearbeitet werden.

Aktuell sei eine Diskussion mit den kommunalen Landesverbänden über eine mögliche neue Trägerschaft der Landesfeuerwehrschule. Es gebe Überlegungen des Landesfeuerwehrverbandes und der Kommunen, den Landesfeuerwehrverband zum Träger zu machen. Diese Überlegungen seien jedoch noch nicht so aktuell, daß sie bei der anstehenden Novellierung des FAG einfließen.

Auf eine Nachfrage des Abg. Schlie legt M Dr. Wienholtz dar, der Gemeindetag habe sich gegen eine Finanzierung der Landesfeuerwehrschule aus Mitteln des Kommunalen Investitionsfonds ausgesprochen mit der Begründung, daß diese Maßnahme eigentlich aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer zu finanzieren sei. Das Argument, das die übrigen Verbände überzeugt habe, sei, daß die Mittel, die im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds zur Verfügung stünden, für eine Sache benutzt würden, die in erster Linie den Kommunen zugute komme. Auf eine weitere Frage des Abg. Schlie konkretisiert MDgt Gudat, daß es den kommunalen Landesverbänden lieber wäre, wenn eine Finanzierung aus dem Aufkommen der Feuer-

schutzsteuer insgesamt möglich wäre oder wenn eine Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds als Darlehen möglich wäre.

Auf die Frage des Abg. Schlie hinsichtlich des künftigen Investitionsbedarfs der Feuerwehren im Land verweist M Dr. Wienholtz auf die gesetzliche Vorgabe sowie die nach seiner Ansicht unveränderte Sach- und Rechtslage.

M Dr. Wienholtz legt im folgenden die Zeitschienen für die geplanten Arbeiten bei der Landesfeuerweherschule dar:

- | | |
|-------------------------------------|---------------|
| - Garagen und Werkstätten: | 1999 bis 2000 |
| - Restliche Gebäude, Übungsgelände: | 1999 bis 2000 |
| - Abbruch: | 2000 |
| - Neubau, Unterkünfte und Hörsäle: | 2000 bis 2001 |
| - Umbau des Altbaus: | 2002 |

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die beabsichtigte weitere Nutzung der ehemaligen Katastrophenschutzschule in Rendsburg

Antrag des Abg. Schlie (CDU)
Umdruck 14/2155

M Dr. Wienholtz berichtet, die ehemalige Katastrophenschutzschule in Rendsburg werde derzeit als Landesfeuerweherschule genutzt, und zwar insbesondere von den Jugendfeuerwehren, die dort die Möglichkeit hätten, zu üben und zusammenzusein. Damit seien allerdings die Kapazitäten des Gebäudes nicht ausgelastet. Deshalb würden freie Kapazitäten Dritten gegen Entgelt zur Verfügung gestellt.

Seitdem das Gebäude vom Bund übernommen worden sei, hätten Verhandlungen über den Verkauf dieses Geländes stattgefunden, und zwar mit dem Deutschen Roten Kreuz, mit dem Diakonischen Werk und seit kurzem mit dem Landesfeuerwehrverband. Die Verhandlungen mit dem Deutschen Roten Kreuz seien ohne Ergebnis abgebrochen worden, mit dem Diakonischen Werk fänden zur Zeit Vorgespräche statt. Gespräche mit dem Landesfeuerwehrverband fänden seit etwa sechs Wochen statt. Dieser habe deutliches Interesse daran zum Ausdruck gebracht, die Liegenschaften und Gebäude zu übernehmen. Er sei gebeten worden, seine Überlegungen zu konkretisieren.

Zur rechtlichen Situation sei zu sagen, daß sich das Land vertraglich verpflichtet habe, die Nutzung auf den Bereich Feuerwehr zu konzentrieren. Wenn diese geändert werden sollte, müßte ein entsprechendes Einvernehmen mit dem Bund hergestellt werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über den Verkauf von NS-Memorabilien
über Auktionshäuser o.ä.**

Antrag der Abg. Kähler (SPD)
Umdruck 14/2171

hierzu: Umdruck 14/2277

St Jöhnk trägt die aus Umdruck 14/2277 ersichtliche Beantwortung der von Abg. Kähler gestellten Fragen (Umdruck 14/2171) vor.

Abg. Kähler kommt in einer kurzen Stellungnahme zu dem Schluß, politisch sei die Frage aufzuwerfen, ob man sich mit der derzeit herrschenden Rechtslage zufrieden geben dürfe.

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Umsetzung der Verfassungsvorgabe aus Artikel 13 Abs. 6 Grundgesetz zur Gewährleistung gleichwertiger parlamentarischer Kontrollen in den Ländern bei repressiver und präventiver technischer Wohnraumüberwachung

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom
15. Juli 1998
Umdruck 14/2192

LMR Dr. Wuttke erhebt rechtssystematische Bedenken gegen die vom Innenminister vorgeschlagene Regelung. - Er sagt zu, diese Bedenken schriftlich darzulegen und dem Ausschuß zuzuleiten.

Der Ausschuß bittet den Innenminister auf Anregung des Abg. Puls, zu dieser Thematik ebenfalls eine schriftliche Stellungnahme abzugeben.

Außerdem beschließt der Ausschuß, bei den Landesparlamenten eine Umfrage darüber zu starten, welche Überlegungen in den Landesparlamenten zur Ausgestaltung dieser Regelungen bestünden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Stellungnahme zu dem Normenkontrollverfahren gegen das Schleswig-Holsteinische Haushaltsbegleitgesetz 1998 und dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung

Schreiben des Vorsitzenden des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Juli 1998 - 2 BvK 1/98

Umdruck 14/2212

Abg. Schlie beantragt, eine Stellungnahme abzugeben und in dem Tenor zum Ausdruck zu bringen, daß die angefochtenen Bestimmungen rechtswidrig sind. - Abg. Kubicki schließt sich diesem Antrag an.

Abg. Puls beantragt, eine Stellungnahme mit dem Tenor abzugeben, daß die angefochtenen Bestimmungen für verfassungsgemäß erachtet werden und den Präsidenten zu ermächtigen, Rechtsanwalt Ever, Kiel, als Prozeßbevollmächtigten zu bestellen.

Der Ausschuß faßt folgende Beschlüsse:

1. Der Antrag des Abg. Schlie wird mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen fünf Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.
2. Der Antrag des Abg. Puls wird mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen fünf Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Stellungnahme zu dem Organstreitverfahren gegen das Schleswig-Holsteinische Haushaltsbegleitgesetz 1998 und dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung

Schreiben des Vorsitzenden des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Juli 1998 - 2 BvK 2/98

Umdruck 14/2215

Abg. Schlie beantragt, eine Stellungnahme mit dem Tenor abzugeben, daß die angefochtenen Bestimmungen nicht verfassungsgemäß sind.

Abg. Puls beantragt, eine Stellungnahme abzugeben mit dem Tenor, daß die angefochtenen Bestimmungen verfassungsgemäß sind und den Präsidenten des Landtages zu ermächtigen, Rechtsanwalt Ever, Kiel, als Prozeßbevollmächtigten zu bestellen.

Der Ausschuß faßt folgende Beschlüsse:

1. Der Antrag des Abg. Schlie wird mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen fünf Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.
2. Der Antrag von Abg. Puls wird mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen fünf Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Volksinitiative „Schule in Freiheit“ der Aktion mündige Schule e.V.

Schreiben des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom
22. Juli 1998
Umdruck 14/2213

LMR Dr. Wuttke macht Ausführungen darüber, ob das von der Volksinitiative eingebrachte Gesetz den Anforderungen von Artikel 41 Abs. 1 und 2 Landesverfassung insgesamt entspricht. Er sagt zu, diese Ausführung dem Ausschuß in schriftlicher Form zuzuleiten.

In einer kurzen Diskussion bitten die Ausschußmitglieder den Wissenschaftlichen Dienst, künftig mögliche rechtliche Bedenken an Gesetzentwürfen, Initiativen und dergleichen dem Ausschuß im Vorwege in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuß bittet sodann das Innenministerium, zu der Frage der Zulässigkeit Stellung zu nehmen.

Die Ausschußmitglieder verständigen sich darauf, die Beratung über die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ der Aktion mündige Schule e. V. in seiner Sitzung am Mittwoch, dem 2. September 1998, 9:00 Uhr, fortzusetzen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung eines Linearbeschleunigers

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1422

hier: Wiederaufnahme der Beratung

hierzu: Schreiben des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 9. Juli 1998
Umdruck 14/2211

Der Ausschuß nimmt die Beratung des Gesetzentwurfs aufgrund des Schreibens des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 9. Juli 1998 wieder auf.

Er empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in der aus Umdruck 14/2211 ersichtlichen Weise zu ändern und den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zwischen den Ländern Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die wasserschutzpolizeilichen Zuständigkeiten auf dem Küstenmeer

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1482

(überwiesen am 1. Juli 1998)

Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

11. a) Keine Gendatei ohne rechtsstaatliche Sicherungen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1427

b) Keine Gendatei ohne rechtsstaatliche Sicherungen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1443

(überwiesen am 14. Mai 1998)

Der Ausschuß beschließt mit Einverständnis der jeweiligen Antragsteller, dem Landtag zu empfehlen, die Anträge für erledigt zu erklären.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs und zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1424

hierzu: Umdrucke 14/2018, 14/2021, 14/2022, 14/2027, 14/2055, 14/2097,
14/2115, 14/2117, 14/2124 bis 14/2127, 14/2144 bis
14/2146, 14/2163, 14/2197, 14/2198

(überwiesen am 13. Mai 1998)

Die Vertreter der Landesregierung beantworten kurz einige zu den in den schriftlichen Stellungnahmen aufgeworfenen Fragen.

Sie sagen sodann auf Bitte des Ausschüsse zu, eine schriftliche Stellungnahme zu den in der schriftlichen Anhörung aufgeworfenen Hauptthemen zu erarbeiten und dem Ausschuß zuzuleiten.

Der Ausschuß kommt überein, seine Beratung in der Sitzung am 16. September 1998 fortzusetzen.

Punkt 13 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für
Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/759

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/805

hierzu: Umdrucke 14/1053, 14/1054, 14/1115, 14/1125, 14/1160, 14/1161,
14/1163, 14/1175, 14/1200, 14/1262, 14/1263, 14/1477,
14/1536

(überwiesen am 12. Juni 1997)

Abg. Puls berichtet, die Anhörung sei fraktionsintern noch nicht komplett abgeschlossen, und beantragt Vertagung.

Der Ausschuß vertagt die Beratung auf seine Sitzung am 16. September 1998.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Moderne Verwaltung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/973

hierzu: Umdrucke 14/1969, 14/2051

(überwiesen am 7. November 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß und alle
übrigen Ausschüsse)

Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Bericht der Landesregierung zur
Kenntnis zu nehmen.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stiftungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1513

(überwiesen am 1. Juli 1998 an den **Innen- und Rechtsausschuß** und den
Finanzausschuß)

(Verfahrensfragen)

Der Ausschuß beschließt, schriftliche Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung einzuholen.

Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses binnen einer Woche benannt werden.

Als Termin, bis zu dem die Stellungnahmen der Anzuhörenden vorliegen sollen, legt der Ausschuß den 28. Oktober 1998 fest.

Punkt 16 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1539

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1575

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den **Wirtschaftsausschuß** und alle übrigen Ausschüsse)

(Verfahrensfragen)

Abg. Schlie erklärt die Bereitschaft seiner Fraktion, über die in den Zuständigkeitsbereich des Innen- und Rechtsausschusses fallenden Punkte abzustimmen.

Abg. Puls erklärt, seine Fraktion sei noch nicht am Ende der Beratungen angelangt, und beantragt Vertagung.

Der Ausschuß beschließt mit sieben Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen drei Stimmen der CDU, die Beratung des Antrags zurückzustellen.

Punkt 17 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- Der Vorsitzende weist auf die Stellungnahme des Innenministeriums zum Thema Beschluß des Bundesverfassungsgerichts - 2 BvK 28/96 - vom 26. Februar 1998 betreffend das Nachrücken von direkt gewählten Bundestagsabgeordneten in den Ländern mit Überhangmandaten, Umdruck 14/2269, hin.
- Der Vorsitzende gibt die Einladung zum 62. Deutschen Juristentag vom 22. bis 25. September 1998 bekannt.
- Abg. Schlie bezieht sich auf Umdruck 14/2257 und bittet um schriftliche Darstellung des Innenministers, welche Erfahrungen in anderen Bundesländern mit diesen Regelungen gesammelt worden seien, wann diese Regelungen in Kraft getreten seien und ob es über diese Regelungen zu gerichtlichen Auseinandersetzungen gekommen sei. Des weiteren bittet er um Äußerung des Innenministers, ob er seine Vorschläge auch unter Beachtung des aktuellen Urteils aus Schleswig aufrecht erhalte.
- Der Ausschuß nimmt folgende Terminänderungen vor:
 - Zusätzliche Sitzungstage: Mittwoch, 2. September 1998, 9:00 Uhr
 - Mittwoch, 16. September 1998, 13:00 Uhr
 - Verlegung des Sitzungstermins von
 - Mittwoch, 18. November 1998
 - auf
 - Mittwoch, 25. November 1998
- Abg. Kubicki bittet das Justizministerium, dem Ausschuß in seiner nächsten Sitzung erneut über den geplanten Umzug des schleswig-holsteinischen Finanzgerichts zu berichten.

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. Heinz Maurus

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin